



SVP-AARGAU

AKTUELL

12. AUGUST 2025
NR. 3



39. JAHRGANG

Mitteilungsblatt der SVP Aargau

Parteisekretariat und Redaktion des SVP Aktuell, SVP Aargau

Barbara Borer, Parteisekretärin
Bahnhofstrasse 24, 5000 Aarau
Tel. 062 823 73 70
E-Mail: info@svp-ag.ch
Internet: www.svp-ag.ch

Parteipräsident:

Andreas Glarner, Nationalrat, Oberwil-Lieli

Inserate:

SVP Aargau, Parteisekretariat

Layout und Druck:

Weibel Druck AG, 5210 Windisch

Erscheinungsdaten 2025:

Nr. 4: 14. Oktober 2025

Redaktionsschlüsse 2025:

Nr. 4: 26. September 2025

Inseratpreise:

1/1 S.	135x180 mm	CHF	300.–
1/2 S.	135x88 mm	CHF	160.–
1/3 S.	135x58 mm	CHF	110.–
1/4 S.	43x88 mm	CHF	90.–

Zuschlag für 4-farbige Inserate: 50%
Wiederholungsrabatt (4× im Jahr): 10%



Inhalt

Einladung zum SVP-Kantonalparteitag	5
Kantonalparteipräsident	7
Mut zur Verantwortung <i>von Andreas Glarner, Kantonalparteipräsident, Nationalrat, Oberwil-Lieli</i>	
Aus dem Parteisekretariat	9
Von Parteibüchern und EU-Verträgen <i>von Barbara Borer-Mathys, Parteisekretärin, Grossrätin, Holziken</i>	
Abstimmungsvorlage	12
Zur Vorlage «E-ID- Gesetz» <i>von Christian Glur, Nationalrat, Glashütten-Murgenthal</i>	
Abstimmungsvorlage	14
Eigenmietwert endlich abschaffen! <i>von Thomas Burgherr, Nationalrat, Williberg</i>	
EU-Verträge	16
Aargauer SVP Nationalratsdelegation fordert Bekenntnis zum Ständemehr! <i>von Christoph Riner, Nationalrat, Zeihen AG</i>	
Beitrag JSVP	17
<i>von Benjamin Blülle, Präsident JSVP AG, Hermetschwil-Staffeln</i>	
SVP Frauen	18
SVP Senioren	20
Rückblick: Besuch der SVP Senioren im ZAZ <i>von Jörg Hunn, Alt-Grossrat, Riniken</i>	
Kommunalwahlen	21
Ein Wort zu den Kommunalwahlen <i>von Barbara Borer-Mathys, Parteisekretärin, Grossrätin, Holziken</i>	
Club Bürgerliche 100	22
Der Club100 zu Besuch bei «HAURI Kiesgruben und Transporte AG» in Seon <i>von Milly Stöckli, Präsidentin Club100, Muri</i>	
Gastbeitrag der SVP Aarau	26
Wie die SVP Aarau die Nöte der Partei in Städten angeht – Anpacken statt schönreden <i>von Christoph Müller, Präsident SVP Aarau</i>	
Gastbeitrag der SVP Bezirk Bremgarten	29
Frühlingsanlass mit GV – Club 3B«Bürgerlichen Bezirk Bremgarten» im Bundehaus Bern <i>von Matthias Moser, Präsident Club 3B, Tägerig</i>	
Vegizwang	30
Schweizer Fleisch? Nicht erwünscht! <i>von Alain Bütler, Grossrat, Muri</i>	
Agenda – was? wann? wo?	31

Gebr. Maurer Automobile GmbH

Tel. 062 897 21 21 • Bahnhofmatten 2 • 5502 Hunzenschwil



Auszug aus dem Tätigkeitsbereich

- Verkauf, Service und Reparaturen von Personenwagen und Nutzfahrzeugen
- Abgaswartung von Dieselmotoren
- Neu: Elektronische Lenkgeometrie-Vermessung
- Bus, Lieferwagen- und Personenwagenvermietung
- Fahrzeug- und Transportkühlanlagenbau
- Langjährige Mitarbeiter bieten hohen Wissensstand
- Profitieren Sie von unserer Vielseitigkeit!

«Ganz in Ihrer Nähe»

SVP-Kantonalparteitag

**Mittwoch, 27. August 2025, 20.00 Uhr,
Turnhalle Kleine Kreuzzelg, Wallisstrasse, 5507 Mellingen**

Festwirtschaft: warmer Fleischkäse mit Kartoffelsalat und grünem Salat



Traktanden

1. Begrüssung

2. Abstimmungsvorlagen

Nationale Vorlagen für den 28. September 2025

1. Kantonale Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften
Thomas Burgherr, Nationalrat, Wiliberg
2. Elektronischer Identitätsnachweis
Christian Glur, Nationalrat, Glashütten

3. Verschiedenes

Wir freuen uns auf einen interessanten Anlass.

Mit freundlichen Grüssen
SVP Aargau

Präsident
Andreas Glarner

Parteisekretärin
Barbara Borer-Mathys



LÜPOLD AG · 5103 MÖRIKEN

E suberi Sach!

- ☐ Kanalreinigung
- ☐ Ablaufentstopfung
- ☐ Kanalfernsehen / Kanalvermessung
- ☐ Kanaldichtheitsprüfungen
- ☐ Schachtentleerung
- ☐ Spezial- / Trockensaugarbeiten
- ☐ Strassenreinigung
- ☐ Entsorgung von Sonderabfällen

Seit 1949 der Fachbetrieb im Mittelland



Tel. 062 887 08 70

www.luepold.ch



BURGHERR MOOSERSÄGE AG HOLZBAU + HOLZHANDEL

6260 HINTERMOOS

Wollen Sie Ihre Liegenschaft nachdämmen?

Das ist eine unserer Stärken:

- Beratung und Offerte
- Einfordern der kantonalen Förderbeiträge
- Fachgerechte einwandfreie Arbeitsausführung, wir decken dabei alle Arbeitsgattungen ab

Tel 062 758 12 09 | Fax 062 758 30 16 | www.burgherrag.ch | info@burgherrag.ch

Mut zur Verantwortung

von Andreas Glarner, Kantonalparteipräsident, Nationalrat, Oberwil-Lieli



Die Schweiz steht an einem Wendepunkt. Während sich die Welt zunehmend in Unsicherheit, Schuldenwirtschaft und ideologische Grabenkämpfe verstrickt, bietet unser Land ein anderes Modell: Stabilität durch direkte Demokratie, Freiheit durch Eigenverantwortung, Wohlstand durch Leistung. Doch dieser Weg ist kein Selbstläufer. Er verlangt Einsatz, Rückgrat – und die Bereitschaft, unbequeme Wahrheiten auszusprechen.

Wir als bürgerliche Kraft tragen eine besondere Verantwortung. Nicht, weil wir Tradition um ihrer selbst willen verteidigen. Sondern weil wir wissen, dass Freiheit nur dann gedeiht, wenn sie von Verantwortung begleitet wird. Dass der Staat nicht besser weiss, wie Menschen leben sollen – sondern dass Menschen selbst wissen, was gut für sie ist.

In den letzten Jahren hat sich ein gefährlicher Trend breitgemacht: Ein immer grösserer Staat, der immer mehr reguliert, subventioniert und kontrolliert. Wer arbeiten will, wird mit Vorschriften, Abgaben und Formularen überhäuft. Wer Verantwortung übernimmt, wird misstrauisch beäugt. Und wer auf Eigeninitiative setzt, ist verdächtig. Das ist nicht die Schweiz, wie wir sie kennen – die wir von unseren Vorfahren übernehmen durften und wie wir sie unseren Kindern hinterlassen wollen.

Es ist Zeit, dass wir Bürgerliche wieder laut und klar sagen, wofür wir stehen.

Wir stehen für eine Schweiz, in der sich Leistung lohnt. In der sich Familien darauf verlassen

können, dass sie ihre Kinder eigenständig erziehen dürfen – ohne Bevormundung durch ideologisch gefärbte Schulpläne. In der Unternehmer investieren, Arbeitsplätze schaffen und Innovation fördern, statt durch Bürokratie erstickt zu werden. In der die Sozialwerke jenen helfen, die Hilfe wirklich brauchen – und nicht als Dauerlösung für alle Dahergelaufenen und Arbeits-scheuen erhalten müssen.

Wir stehen für eine Schweiz, die ihre Grenzen kennt – geografisch wie politisch. Die den Mut hat, eigenständig zu entscheiden, welche internationalen Abkommen sie eingeht. Die ihre direkte Demokratie nicht als Hindernis, sondern als wertvollen Schatz begreift. Und die sagt: Unsere Selbstbestimmung ist nicht verhandelbar – nicht in Brüssel, nicht in New York, und auch nicht in Bern. Und schon gar nicht werden wir uns durch einen Unterwerfungsvertrag unser Erfolgsmodell kaputt machen lassen – dagegen müssen wir bis zum Letzten kämpfen!

Wir dürfen uns nicht länger in die Defensive drängen lassen. Bürgerliche Politik ist keine verstaubte Nostalgie, sondern gelebte Zukunftsverantwortung. Es ist an uns, mit Stolz und Überzeugung aufzustehen. Nicht gegen etwas – sondern für etwas: Für Freiheit. Für Fairness. Für Selbstverantwortung. Für eine Schweiz, die auch morgen noch das beste aller Heimatländer sein wird.

Die Herausforderungen sind gross – aber wir sind bereit. Wir führen keine Klage über den Zustand der Welt, wir gestalten. Wir ermöglichen! Mit Herz, Verstand und Standhaftigkeit. Dafür braucht es jede und jeden Einzelnen von uns. In der Gemeinde, im Betrieb, im Parlament – und vor allem im Alltag. Stehen wir auf gegen die Öko-Diktatur der Grünen, gegen den Semi-Sozialismus der Linken und gegen die Lethargie der Pseudo-Bürgerlichen, welche die Staatszerstörer willfährig gewähren lassen.

Packen wir es an. Für unsere Schweiz. Jetzt.

GLOBAL präsent
LOKAL verankert



FINDEN SIE IHREN JOB BEI UNS | www.bertschi.com

Auf Wasser, Schiene und Strasse
Intermodale Logistik seit 1956

 BERTSCHI

Von Parteibüchern und EU-Verträgen

von Barbara Borer-Mathys, Parteisekretärin, Grossrätin, Holziken



Standesinitiativa im Grossen Rat für ein Ständemehr bei der Abstimmung zu den EU-Verträgen

Die EU-Verträge und die Frage, ob sie dem fakultativen oder dem obligatorischen Referendum unterstellt werden sollen, ist in aller Munde. Der Bundesrat hat sich gegen das obligatorische Referendum mit Ständemehr ausgesprochen. Dabei war unsere Landesregierung wenigstens ehrlich: Ohne Ständemehr ist ein Ja an der Urne leichter zu haben. Ein Buebetrickli.

Die SVP-Fraktion findet dieses Vorgehen der Landesregierung nicht in Ordnung und hat darum im Grossen Rat eine Standesinitiative eingereicht. Diese verlangt, ein Signal nach Bern zu schicken. Ein Signal *gegen* dieses Vorgehen und *für* das Ständemehr bei der EU-Abstimmung.

Zusammen mit der FDP und der EDU konnten wir diese Initiative als erheblich erklären. Das bedeutet, wir können die Frage des obligatorischen Referendums für die EU-Abstimmung im Parlament diskutieren. Die anderen Parteien haben uns leider nicht geholfen.

Ich persönlich befürworte ein obligatorisches Referendum mit Ständemehr für die EU-Abstimmung. Auch alle unsere SVP-Nationalräte tun dies. Gleich sieht es der Aargauer Ständerat Thierry Burkart, der es in der NZZ auf

den Punkt gebracht hat: *«Das Bundesgericht hat entschieden, dass die Personenfreizügigkeit mit der EU der schweizerischen Verfassung vorgehe. Wenn eine Verfassungsänderung ein obligatorisches Referendum braucht, dann gilt dies erst recht bei einer Änderung von Normen, die über der Bundesverfassung stehen.»* (NZZ-Interview vom 3. Juni 2025). Damit ist alles gesagt.

Ständerätin Marianne Binder hat sich bisher eher ablehnend zum Ständemehr geäussert, aber noch nicht festgelegt. Ablehnend zeigen sich auch ihre Parteikollegen aus der Mitte: Die Mitte-Fraktion im Grossen Rat hat bei der Überweisung der Standesinitiative nicht geholfen. Das erstaunt nicht, ist doch Regierungsrat Markus Dieth ein überzeugter Befürworter des Vertragspakets. Er meint, die Druckversuche der EU auf die Schweiz würden *«mit Annahme des Vertragspakets enden»* (NZZ am Sonntag vom 18.11.2024). Markus Dieth ist Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen (KDK). Das ist ein vertragliches Gebilde, eine Art Zentralorgan, und dient der *«Meinungsbildung unter den Kantonen»*. Ich dachte ja immer, das Volk bildet die Meinung der Kantone, aber was weiss schon eine Parteisekretärin. Nun ist es so, dass auch die KDK sich zum Vertragspaket mit der EU positionieren wird und damit gewichtigen Einfluss auf das Bundesparlament und die Entscheidung über die Frage eines möglichen Ständemehrs haben wird. Man möchte meinen, dass *«die Kantone»* sich für die Stimme *«der Stände»* einsetzen werden. Aber mit Blick auf die Haltung des Präsidenten der KDK darf man eher wenig hoffnungsvoll sein. Wir bleiben gespannt.

Fortsetzung auf Seite 10

Im Aargauer Parlament startet die Diskussion zur «Standesinitiative für ein Ständemehr» nach der Sommerpause. Ob die Initiative überwiesen wird und wir das gewünschte Signal nach Bern schicken können, bleibt offen.

Noch ein Wort zum Ständemehr: Wenn Sie Leserbriefe oder Beiträge lesen, die sich grundsätzlich gegen das Ständemehr aussprechen, im Sinne von *«ein Appenzeller hätte damit mehr Gewicht an der Urne hat als ein Zürcher»*, dann bleiben Sie aufmerksam: In weiten Kreisen linker Parteien möchte man das Ständemehr ganz abschaffen. Ich frage Sie, liebe Leserinnen und Leser: Wollen wir, dass nur die grossen Zentren in unserem Land bestimmen oder sind wir nicht immer noch ein Staatenbund, eine Eidgenossenschaft? Die Frage, ob das Ständemehr noch zeitgemäss oder demokratisch ist, ist eine Frage für sich und hat mit den EU-Verträgen nichts zu tun. So hat sich bei der Hornkuhinitiative niemand daran gestört, dass das Ständemehr zum Tragen kam. Wenn Sie also lesen, dass es das Ständemehr für die Abstimmung zu den EU-Verträgen nicht braucht, weil es «undemokratisch» sei, dann lesen Sie womöglich den Text eines Euroturbos.

Was darf man eigentlich noch sagen und was nicht?

Bekanntlich wurde René Schindler, Grossrat und Einwohnerrat von Zofingen, Opfer eines körperlichen Übergriffs. Die Täter haben mit starkem ausländischem Akzent gesprochen. Die SVP Aargau hat in der Folge eine Medienmitteilung veröffentlicht und geschrieben, dass die noch unbekannte Täterschaft einen *Migrationshintergrund* habe. Die SP kritisiert dies als Hetze und Vorverurteilung. Die Kantonspolizei ihrerseits suchte nach drei Männern, die *«Deutsch mit ausländischem Akzent»* gesprochen haben.

Wir haben es weit gebracht in unserem Land: Man kann abends nicht mehr sicher durch Bahnhöfe und über Plätze gehen und man darf auch nicht mehr sagen, was Sache ist. Warum soll es Hetze sein, wenn man sagt, dass ein Mensch einen Migrationshintergrund hat? Und warum darf man aufgrund eines auffälligen ausländischen Akzents nicht auf einen Migrationshintergrund schliessen? Darf man auch nicht sagen, dass wenn ein Mensch mit breitem Berndeutsch spricht, er mutmasslich aus dem Kanton Bern kommt? Ich frage mich, wie die Polizei künftig nach unbekanntem Tätern fahnden soll, wenn man nicht mehr sagen darf, ob diese ein asiatisches, afrikanisches oder europäisches Aussehen, blonde, schwarze oder gar keine Haare mehr haben. Wie sucht man denn politisch korrekt nach unbekanntem Tätern?

Aber das passt zur SP und zum neuen Stil des Co-Präsidiums, das gerne die moralische Keule schwingt, zumindest gegen die SVP: Unser Parteikollege Gaudenz Lüchinger, Birrhard, musste sich einiges gefallen lassen, nachdem er Sanja Ameti (Operation Libero) eine E-Mail geschrieben hat. Ameti liess besagte E-Mail veröffentlichen, der Aufschrei über den gepfefferten Inhalt war gross. Die SP Aargau formulierte einen offenen Brief an den Gemeinderat von Birrhard und sammelte Unterschriften. Die Forderung: Die Exekutivkollegen von Lüchinger sollen sich klar und öffentlich von Lüchingers Aussagen distanzieren. Die SP fragte provokant: *«Können Sie garantieren, dass er seine Aufgaben gegenüber allen Einwohnerinnen und Einwohnern neutral und im Sinne der Gemeinde Birrhard ausüben kann?»* Ein Frontalangriff auf die Integrität eines vom Volk gewählten SVP-Mannes.

Mir scheint, wenn man das richtige Parteibüchlein hat, darf man sich alles erlauben.



ROBERIT

LABOSIM | KLOSE-VITAL

Markierung & Signalisation

Markierung und Signalisation seit 1948

Kontakt:

0848 018 018

www.roberit.ch • info@roberit.ch

ROBERIT AG

Standorte:

Windisch AG • Ballwil LU • Lausanne VD • Liestal BL • Münsingen BE

... dort, wo Sicherheit zählt



fräsen • bohren • seilsägen • pressen

20 JAHRE
Müller
Beton- und Steintrenntechnik GmbH

5707 Seengen | 5616 Meisterschwanden
062 777 42 43 | muellerbeton.ch

Zur Vorlage «E-ID- Gesetz»

von Christian Glur, Nationalrat, Glashütten-Murgenthal



Die staatliche E-ID ist der zweite Anlauf für die Einführung der elektronischen Identität. Sie soll 2026 eingeführt werden. Der erste Versuch – eine privatwirtschaftliche Lösung – wurde 2021 an der Urne abgelehnt.

Um was geht es?

Mit der neuen elektronischen Identität (E-ID) des Bundes sollen sich Nutzerinnen und Nutzer künftig sicher, schnell und unkompliziert auch digital ausweisen können. Die E-ID soll vom Bund herausgegeben werden, den grösstmöglichen Schutz der persönlichen Daten gewährleisten sowie kostenlos und freiwillig sein.

Alle Personen, die über eine Schweizer Identitätskarte, einen Schweizer Pass oder einen von der Schweiz ausgestellten Ausländerausweis verfügen, sollen eine E-ID beantragen können.

Diese kann sowohl im Internet – zum Beispiel bei der elektronischen Bestellung eines Strafregisterauszugs – als auch in der physischen Welt – beispielsweise im Laden zum Altersnachweis beim Kauf von Alkohol – zum Einsatz kommen. Sämtliche Dienstleistungen des Bundes, bei denen die E-ID zur Anwendung kommen kann, werden weiterhin analog, also wie gegenwärtig, angeboten. Gleichzeitig müssen alle Schweizer Behörden die E-ID als einen gültigen Identitätsnachweis akzeptieren, sofern sie elektronische Identitätsnachweise im Grundsatz zulassen.

SVP Bundeshaus-Fraktion ist uneins

An der Schlussabstimmung vom 20. 12. 2024 im Nationalrat über die E-ID hat die SVP Fraktion mit 40 Ja zu 25 Nein bei einer Enthaltung diesem Gesetz zugestimmt.

Da die SVP Fraktion hier nicht geschlossen ist und innert kurzer Zeit mit über 55344 beglaubigten Unterschriften das Referendum zustande gekommen ist, werde ich hier kurz einige zentrale Vor- sowie Nachteile der Einführung einer E-ID darlegen:

Die Gründe der Befürworter

Die Zukunft ist digital. Entsprechend ist die E-ID ein zeitgemässes Instrument, das sowohl in der digitalen Welt aber auch in der physischen Welt eingesetzt werden kann. Da es freiwillig ist, können wir alle selbst entscheiden, ob wir es einsetzen wollen. Zudem ist es für uns kostenlos. Die Kontrolle obliegt dem Bund. So garantiert der Staat den bestmöglichen Datenschutz. Die Nutzerinnen und Nutzer sollen die grösstmögliche Kontrolle über ihre Daten haben und können deren Nutzung jederzeit selber wieder beenden.

Die Gründe des Nein-Komitees

Das Referendumskomitee besteht aus verschiedenen Gruppierungen, sowie auch aus der EDU und der Jungen SVP. Nachteile sind: Das neue Gesetz wiederholt die Fehler der Privatlösung aus dem Jahr 2021, als die Schweizer Bevölkerung eine unsichere E-ID primär aufgrund von Datenschutzbedenken ablehnte. Aus Sicht des Nein-Komitees gibt es auch bei der aktuellen Lösung keine Garantie für einen sicheren Datenschutz. So hinterlässt die E-ID Datenspuren im Alltag und ist anfällig für Cyberangriffe. Aus diesen Gründen lehnt das Komitee dieses neue Gesetz ab.

Sowohl der Ständerat wie auch der Nationalrat stimmten in der Sommersession 2025 klar für die Einführung der E-ID (NR 170 JA zu 25 Nein; SR 43 Ja zu 1 Nein Stimme).



Wir bürgen für Aargauer Qualitätsweine

Peter Wehrli

Reb- und Weinbau
5024 Küttigen
Tel. 062 827 22 75
Fax 062 827 00 17
wehrli-weinbau@bluewin.ch
www.wehrli-weinbau.ch

Weingut Lindenmann

Brestenberger Weine
5707 Seengen
Tel. 062 777 14 26
Fax 062 777 14 66
info@weingut-lindenmann.ch
www.weingut-lindenmann.ch

Weingut Alter Berg

Michael Deppeler
5306 Tegerfelden
Tel. 056 245 30 75
Fax 056 245 52 75
info@weingut-alter-berg.ch
www.weingut-alter-berg.ch



«Reisen für unvergessliche Erlebnisse»

Ob Vereinsreise, Skitag oder Ferienreisen - wir bieten alles und noch vieles mehr: moderne Cars, individuelle Betreuung, Sicherheit und höchster Komfort.

Lassen Sie sich von unseren Premiumreisen inspirieren...



CARMÄLEON REISEN
Ganz und Car Individuell

< indermühle >
bus



unsere
Ferienreisen

www.carmaleon.ch

Eigenmietwert endlich abschaffen!

von Thomas Burgherr, Nationalrat, Wiliberg



Nach Jahren hin und her hat das Parlament endlich beschlossen, den Eigenmietwert abzuschaffen. Um eine ausgeglichene Steuervorlage zu haben, sollen gleichzeitig die Kantone die Möglichkeit erhalten, eine kantonale Liegenschaftssteuer auf selbst genutzten Zweitwohnungen einzuführen. Das ist vor allem für die Tourisuskantone mit vielen Zweitwohnungen relevant und soll Einnahmeherausfälle aus der Abschaffung des Eigenmietwertes kompensieren. Ob die einzelnen Kantone das nutzen, ist anschliessend ihnen überlassen und untersteht der kantonalen Demokratie.

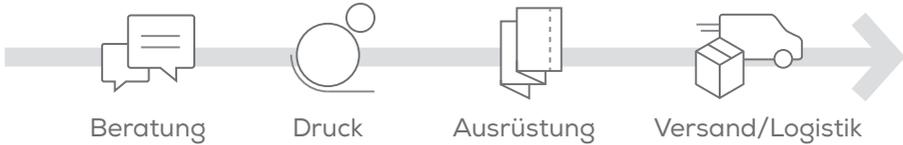
Wichtig ist aber, dass der Eigenmietwert wegfällt. Seit Jahren kämpft die SVP dafür. Der Eigenmietwert bestraft die Hauseigentümer. Sie zahlen damit eine fiktive Steuer auf ein fiktives Einkommen. Dieser Eigenmietwert ist so abstrus, das inzwischen eine Mehrheit im Parlament für dessen Abschaffung gestimmt hat. Man stelle sich vor, man müsste auf alles, was man besitzt, eine fiktive Miete zahlen, wenn man es nutzt. Verrückt, oder? Aber beim Eigenmietwert ist es so. Weil man das

Haus besitzt, wird man mit einer erfundenen Steuer bestraft.

Diese Steuer bestraft Wohneigentümer, vor allem Familien, und belastet besonders ältere Menschen stark. Es ist vor allem im Alter ein riesen Nachteil. Das Abbezahlen von Schulden wird bestraft. Diese fiktive Steuer bestraft das Eigentum. Es setzt den Anreiz Schulden zu behalten. Das darf nicht sein.

Um die Ungerechtigkeit des Eigenmietwertes zu überdecken, wurden über die Jahre Steuerabzugsmöglichkeiten bei selbst genutztem Wohneigentum eingeführt. Diese reichen aber bei weitem nicht, um die Steuerbelastung ganz zu kompensieren. Deshalb ist es besser, den Eigenmietwert abzuschaffen. Gleichzeitig gibt es aber auch die Abzugsmöglichkeiten nicht mehr. Über die Zeit ist diese Lösung alleweil besser. Sie ist besser für den Mittelstand, für Familien und vor allem für ältere Menschen mit Wohneigentum. Die Lösung ist ausgeglichen und fair. Sie löst das Problem an der Wurzel. Die Bastelei mit diversen Abzugsmöglichkeiten ist mit der Abschaffung des Eigenmietwertes nicht mehr nötig.

Ersterwerber von selbst genutztem Wohneigentum können während zehn Jahren einen speziellen Schuldzinsabzug geltend machen. Bei vermieteten Immobilien bleiben weiterhin der Unterhaltsabzug und ein Schuldzinsabzug bestehen. Auch können Kantone weiterhin Abzüge für Energie- und Umweltschutzmassnahmen zulassen.



Geschäftspapiere
Kuverts
Blocks
Dokumappen
Garnituren
Flyer/Folder
Plakate/Roll-Ups

Trauerdrucksachen
Tischsets
Broschüren/Bücher
Ringbücher
Personalisierung
Lettershop
Versand

Offsetdruck. Digitaldruck. Heissfolienprägung.

Lithofin®

Die professionelle Lösung

Spezialprodukte zum
Reinigen, Schützen und Pflegen
von Naturstein, Keramik uvm.



Lithofin AG 5420 Ehrendingen
info@lithofin.ch shop.lithofin.ch

MGS Naturstein AG

Natursteinhandel aus aller Welt

Tische, Lavabo- und Küchenab-
deckungen, Wand- und Boden-
platten aus Naturstein, Treppen,
Zuschnitt Keramikplatten



MGS Naturstein AG 5420 Ehrendingen
info@mgs-naturstein.ch mgs-naturstein.ch

Aargauer SVP Nationalratsdelegation fordert Bekenntnis zum Ständemehr!

von Christoph Riner, Nationalrat, Zeihen AG



Der Bundesrat hat beschlossen, den EU-Unterwerfungsvertrag, mit sehr einschneidenden Auswirkungen für unser Land, lediglich dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Das heisst, der Vertrag kommt nur zur Abstimmung und somit vor das Volk, wenn das Referendum dagegen aktiv und erfolgreich ergriffen wird. Das heisst, wenn in 100 Tagen erfolgreich 50'000 Unterschriften gesammelt werden. Mit dem fakultativen Referendum braucht es (nach Zustandekommen des Referendums) bei einer Volksabstimmung kein Ständemehr.

Selbstverständlich wehren wir SVP Nationalräte gegen diese Aushebelung der Kantone und damit verbunden, gegen die Schwächung unseres bewährten politischen Systems. Wir wehren uns aber nicht nur in Bern dagegen: In einem offenen Brief an den Aargauer Regierungsrat vom 7. Mai 2025 forderten wir 7 Aargauer SVP Nationalräte diesen auf, sich unmissverständlich und öffentlich zum Ständemehr zu bekennen und damit keine Schwächung der Kantone in Kauf zu nehmen. Der Eingang des Schreibens wurde bestätigt, jetzt sind wir gespannt, auf den weiteren Verlauf.

In unserem Schreiben hielten wir unter anderem fest, dass die Tatsache, die Eidgenossenschaft wird durch das Volk und die Kantone gebildet, keinen anderen Schluss zulässt, als dass Fragen zu institutionellen Anbindungen an einen Staatenverbund mit weitreichender verfassungsähnlicher Wirkung zwingend die Zustimmung von Volk und Ständen benötigen.

Die Schweiz ist ein föderalistischer Staat, mit vielfältigen Regionen und Kulturen. Das Ständemehr garantiert, dass die Interessen der Kantone berücksichtigt werden. Es verhindert, dass zentrale Entscheidungen nur von den bevölkerungsreichsten Städten und Kantonen durchgesetzt werden. Dies hätte grosse negative Auswirkungen und würde die Stabilität und den Zusammenhalt in unserem Land aufs Spiel setzen. Sich durch ein einfaches Volksmehr institutionell an die EU zu binden, würde grosse Gräben durch unser Land ziehen. Bei dieser Frage geht es um nichts weniger als unsere Souveränität. Jede Volksinitiative untersteht auch dem Ständemehr. Warum sollte es bei solch einem tiefgreifenden Vertrag mit Verfassungscharakter anders sein? Wenn dieser Vertrag so gut ist, wie gewisse Kreise behaupten, warum dann diese Angst vor einem Ständemehr?

Stärkung statt Schwächung eines zentralen Elements des schweizerischen Politsystem ist angesagt. Bei Fragen mit solcher Tragweite führt kein Weg am Ständemehr vorbei! Selbst EU-Turbos und Vertragsbefürworter sollten dies akzeptieren und einsehen.

Regierungsrat schützt das System – wir schützen die Leistung!

von Benjamin Blülle, Präsident JSVP AG, Hermetschwil-Staffeln



Anfangs Juli veröffentlichte der Regierungsrat die Stellungnahme zu unserer kantonalen Initiative «Arbeit muss sich lohnen! – Schluss mit Langzeitbezügern». Mit den drei Hauptargumenten; dass die Anzahl Langzeitbezügler sinkt, Sanktionierung schon heute möglich seien und dies zusätzliche Bürokratie mit sich bringt, lehnt er diese Initiative ab.

Wir stehen jedoch weiter hinter unserem Grundprinzip: **Wer arbeitet, soll besser dastehen als wer nicht arbeitet.** Mit dieser Initiative wird das Leistungsprinzip gestärkt, da die Arbeit gegenüber der Sozialhilfe attraktiver wird. Dies dank einer sanften Kürzung nach zwei Jahren Dauerbezug, die Anreize an die Eigenständigkeit stärkt.

Anzahl Langzeitbezügler

Laut Regierungsrat bezogen 2023 über 3'200 Personen seit mehr als zwei Jahren Sozialhilfe. Diese hohe Zahl von Langzeitbezügern zeigt einen klaren Handlungsbedarf. Sozialhilfe soll eine **vorübergehende Unterstützung** sein und nicht zum Dauerzustand werden. Deshalb ist es wichtig, hier genau hinzuschauen und gezielte Massnahmen zu ergreifen.

Sanktionen

Zwar bestehen rechtlich Möglichkeiten, Sanktionen in der Sozialhilfe zu verhängen – **doch wie oft sie tatsächlich zur Anwendung kommen, ist nicht bekannt.** Die fehlende Transparenz wird deutlich durch die Antwort einer Stadt: «Die Informationen, um deren Bekanntgabe Sie gebeten haben, werden bei den Sozialen Diensten nicht statistisch erfasst.»

Zudem sind Sanktionen nicht der richtige Weg. Eine moderate Kürzung des Grundbedarfs kann deutlich wirksamer sein, da sie klare und dauerhafte Anreize schafft, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Zusätzliche Bürokratie

Natürlich bedeutet dies zunächst einen höheren Verwaltungsaufwand, insbesondere bei der erstmaligen Überprüfung der Dossiers. Doch dieser Mehraufwand lohnt sich. **Denn langfristig wird der Einsatz von Steuergeldern effizienter und gerechter**, da die Unterstützung da ankommt, wo sie wirklich gebraucht wird. Gleichzeitig entsteht eine **abschreckende Wirkung auf jene, die ohne echte Notlage auf Sozialhilfe setzen** – ein Effekt, der im Sinne der Fairness gegenüber dem Steuerzahler und den tatsächlich Bedürftigen wichtig ist.

Die Sozialhilfe ist eine **Übergangslösung für Menschen in echter Notlage – und keine dauerhafte Stütze ohne Perspektive.**

Für einen Kanton, indem die Leistung an Gewicht gewinnt!



Donnerstag,
16. Oktober 2025,
18.00 Uhr
Industriestrasse 39
5242 Lupfig



EINLADUNG ZUR BESICHTIGUNG DER KILLER INTERIOR AG

Erleben Sie ein führendes Familienunternehmen im Bereich Ladenbau und individuellen Innenausbau.

- **Präsentation des Unternehmens:**
Entdecken Sie die Transformation einer traditionellen Schreinerei in ein agiles, nachhaltiges und werteorientiertes Unternehmen.
- **Betriebsrundgang:**
Lernen Sie unser kundenorientiertes Bürokonzept kennen und erfahren Sie mehr über den Digitalisierungsprozess in der Produktion.
- **Im Anschluss Networking mit Apéro**

Zielpublikum: Alle interessierten SVP-Frauen und Männer

Es wird um Anmeldung bis spätestens Freitag,
10. Oktober 2025 an Annamarie Würsten gebeten:
wuersten@swissonline.ch

Wir freuen uns auf Sie!

Rückblick: Besuch der SVP Senioren im ZAZ

von Jörg Hunn, Alt-Grossrat, Riniken

«Wir sind ZAZ – Mehr als Zivilschutz»

Das «ZAZ» ist das Kantonale Zivilschutz- ausbildungszentrum in Eiken. Dort werden die Angehörigen des Zivilschutzes auf ihre vielfältigen Aufgaben vorbereitet. Darüber hinaus dient die Anlage der Feuerwehr, der Polizei und der Sanität. Das weitläufige Übungsgelände bietet realistische und praktische Schulungsmöglichkeiten. Es wird laufend an die aktuellen Bedürfnisse angepasst. Für militärische Übungen steht eine Orts- kampfanlage zur Verfügung, die aufgrund der jüngsten Ereignisse wieder intensiver genutzt wird. Das ZAZ ist ein Betrieb der Ab- teilung Militär und Bevölkerungsschutz und gehört zum Departement Gesundheit und Soziales von Regierungsrat Jean-Pierre Gallati.

Eine Gruppe von SVP-Seniorinnen und -Senioren hat am 24. April 2025 das ZAZ besucht und sich von Betriebsleiter Reto Schmid über den Zivilschutz im Allgemeinen und über das Zentrum informieren lassen. Wie die Armee kämpft auch der Zivilschutz mit Bestandes- problemen, weil sich viele Wehrpflichtige in den bequemerem Zivildienst (nicht zu ver- wechseln mit dem Zivilschutz) verabschieden. Freiwillige gibt es leider nur wenige, obschon Frauen und ausländische Staatsan- gehörige freiwillig Zivilschutzdienst leisten könnten. Immerhin ist erfreulich festzustel- len, dass der Stellenwert von Armee und Zi- vilschutz angesichts der aktuellen Weltlage wieder zugenommen hat.

Nach den höchst interessanten Ausführun- gen und der Begehung gab es im angegliederten Restaurant Oase ein feines Zvieri und Gelegenheit zu diskutieren. An dieser Stelle bedanken sich die SVP-Senioren ganz herzlich beim ZAZ-Team für die sehr freundlichen Empfang.



Interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer



Gemütliche Runde beim Imbiss

Ein Wort zu den Kommunalwahlen

von Barbara Borer-Mathys, Parteisekretärin, Grossrätin, Holziken

Das laufende Jahr steht ganz im Zeichen der Kommunalwahlen. Stadträte, Gemeinderäte, Einwohnerräte, Mitglieder für die Steuer- und Finanzkommissionen, Schulräte: überall sind unsere Ortsparteien an der Arbeit, motivieren Kandidaten und führen Wahlkampf. Diese Basisarbeit ist von grosser Bedeutung für unsere Partei.

Keine leichte Aufgabe für unsere Leute in den Orts- und Stadtparteien: die SVP hat 2021 ganze 23 Sitze in den Aargauer Gemeindeexekutiven verloren. Ein schmerzlicher Verlust. Umso wichtiger ist es, jetzt anzugreifen, denn es lohnt sich.

Wir brauchen gute bürgerliche Politik in den Gemeinden, um die Probleme an der Basis anpacken zu können. Dazu müssen wir unsere Politik wieder näher an die Bürgerinnen und Bürger bringen. Und das geht nur mit einer aktiven und motivierten Basis.

Die Kantonalpartei dankt darum allen Kandidaten und den vielen engagierten SVP-Kollegen in den Orts- und Stadtparteien, die für unsere SVP in den Wahlkampf ziehen und Verantwortung übernehmen.



KÜCHEN FENSTER TÜREN BÄDER
INNENAUSBAU ERTÜCHTIGUNGEN

HAURIAG STAFFELBACH
www.hauriag.ch



Der Club100 zu Besuch bei «HAURI Kiesgruben und Transporte AG» in Seon

von Milly Stöckli, Präsidentin Club100, Muri

Bei wunderbarem warmem Wetter durften am 25. Juni über 60 Bürgerliche 100 Mitglieder das Hauri Kiesgruben und Transportunternehmen AG in Seon besichtigen. Von Therese Suter und ihrer Crew wurden wir herzlich empfangen. Nach einer kleinen Erfrischung ging es auch gleich auf den Rundgang.

Hauri Kiesgruben und Transporte AG ist ein traditionsreiches Familienunternehmen mit Sitz in Seon. Ernst Hauri übernahm 1932 den Saurer Kipplastwagen, Jahrgang 1924, von seinem Vater. Damit und mit dem Kauf der bestehenden Grube in der Iglisten, war der Grundstein gelegt, seine berufliche Selbständigkeit zu manifestieren. Ernst Hauri war ein Pionier in der Kiesbranche und auch der erste Unternehmer in der Schweiz, der einen 3-Achs-Lastwagen besass.

In den 1970er Jahren übergab der Gründer, Ernst Hauri die Firma an seine drei Schwiegersöhne. Im Jahr 2002 übernahm die dritte Generation Roland und Thomas Bertschi, Therese Suter und Hanspeter Ryf die Firma und leitet diese gemeinsam. Die vierte Generation ist bereits in der Firma tätig.

Die Firma Hauri Kiesgruben und Transporte AG agiert wie eine grosse Familie. Sie beschäftigen 30 Mitarbeiter; die meisten von ihnen sind schon seit vielen Jahren bei der Firma tätig.

Neben Kiesabbau, produzieren sie Beton, vermieten Mulden, erledigen Transporte, engagieren sich im Aushub und Rückbau und entsorgen fachgerecht Inertstoffe.

Der Rundgang durch das Kieswerk mit all den Erklärungen und Erläuterungen von Roland Bertschi war spannend und eindrücklich.

Beim anschliessenden Nachtessen genossen die Interessierten der Bürgerlichen 100 den

herrlichen Sommerabend. Der Gastgeberin Therese Suter und ihrer Crew sei an dieser Stelle ganz herzlich für die grosszügige Spende, sowie die Gastfreundschaft gedankt.

Und zum Schluss: O-Ton von Therese Suter: «Wer grün liebt, wählt Hauri und SVP!»





«Reisen für unvergessliche Erlebnisse»

Ob Vereinsreise, Skitag oder Ferienreisen - wir bieten alles und noch vieles mehr: moderne Cars, individuelle Betreuung, Sicherheit und höchster Komfort.

Lassen Sie sich von unseren Premiumreisen inspirieren...

Unsere
traditionelle
Auffahrtsreise
nach Graz



CARMÄLEON REISEN
Ganz und Car Individuell

< indermühle >
bus

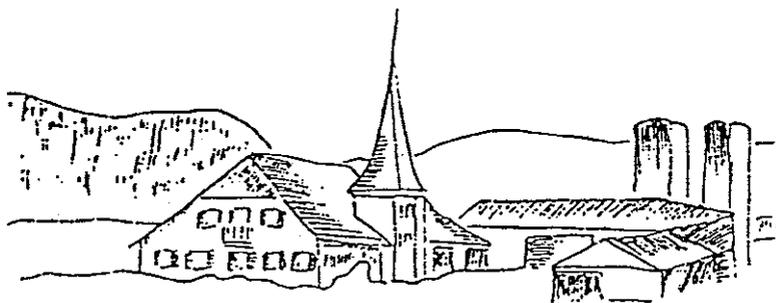
www.carmaleon.ch

SEMOfIX |



*Ihr Fachbetrieb für Insektenschutz
und Innenbeschattung*

SEMOfIX AG www.semofix.ch 062 871 63 07



«Grillplausch uf em Glurhof»

Samstag, 30. August 2025 ab 17.00 Uhr
bei Familie Christian und Ramona Glur
in Glashütten-Murgenthal

**ab 17.00 Uhr geniessen Sie Feines vom Grill
mit musikalischer Unterhaltung**

**Der Anlass ist öffentlich und alle sind herzlich willkommen:
Familie Glur und SVP Murgenthal**

Rahmenverträge Schweiz – EU?

Roger Köppel
alt Nationalrat
Publizist



Christoph Mäder
Präsident
economiesuisse



Einladung zum Informationsanlass

Mittwoch, 8. Oktober, 20.00 Uhr
Mehrzweckhalle Holziken

18.30 Uhr Saalöffnung, Festwirtschaft, Unterhaltung

20.00 Uhr Inputreferate mit anschliessender Podiumsdiskussion
zu den EU-Rahmenverträgen Schweiz – EU
Fragen aus dem Publikum

Herzliche Einladung: SVP Holziken



Wie die SVP Aarau die Nöte der Partei in Städten angeht – Anpacken statt schönreden

von Christoph Müller, Präsident SVP Aarau

Die SVP als grösste Partei der Schweiz hat notorisch Probleme, in städtischen Gemeinden bei Wahlen zu reüssieren. Politologen erklären das mit der Zusammensetzung der Wählerschaft. Die SVP Aarau stellt sich dieser Herausforderung mit einer neuen Strategie.

Eine kleine Arbeitsgruppe Wahlen hat für Stadt- und Einwohnerrat zusammen mit einem aussenstehenden Experten für politische Kommunikation eine Wahlkampfstrategie konzipiert. Wir gestalten den diesjährigen Wahlkampf in verschiedener Hinsicht radikal anders als konventionell. Bei der visuellen Umsetzung unterstützt uns eine lokale, versierte Designerin. Das Erscheinungsbild arbeitet mit den Farben der Stadt Aarau: Schwarz, Weiss und Rot. Die Plakate wirken aggressiv und vom Stadtdadler inspirierte Krallen signalisieren, dass wir angreifen. Zudem verzichten wir bewusst auf Plakate mit Köpfen oder Gesichtern, weil es schwierig wäre, in einem Feld mit insgesamt 13 Kandidaten für den Stadtrat herauszustechen. Im Vordergrund stehen die Namen der Kandidaten für den Stadtrat gross, weiss und fett: Susanne Heuberger und Thomas Richner. Schliesslich geht es darum, dass möglichst viele Wählerinnen und Wähler diese beiden Namen im Bewusstsein haben und dann auf den Wahlzettel schreiben. Die Strassenwerbung nutzt die zulässige Fläche im Cinemascope-Format und fällt hoffentlich gegenüber dem Standardformat auf.



Thomas Richner und Susanne Heuberger präsentieren ihre Strassenwerbung im Cinemascope-Format.

Zwei weitere Elemente der Wahlkampfstrategie bleiben geheim und wir sind gespannt, ob diese überhaupt bemerkt werden.

Stadt – Land: Krasse Unterschiede

Die Differenz der SVP-Vertretung im Kanton (Grossrat 34%, Regierungsrat 40%) und in der Stadt Aarau (Einwohnerrat: 14%, Stadtrat: 0) ist schon verwunderlich. Im Kanton sind wir fast 2.5 mal besser vertreten als in Aarau. Ähnlich sieht es in Zürich aus, und in Bern ist es mit 3.5 noch krasser! Seit dem Rücktritt von Regina Jäggi vor acht Jahren kämpft die Stadtpartei erfolglos gegen den linken städtischen Mainstream an. Kopf in den Sand stecken? Nicht in Aarau. Zu verlieren haben wir nach zwei Amtsperioden ohne Vertretung im Stadtrat und Sitzverlusten im Parlament nichts. Die Stadt kann dagegen mit bodenständigen Stadträten die seit Jahren anhaltende Stagnation aufbrechen: Anpacken statt schönreden!

Zwei Kandidaten mit Profil

Die SVP hat Susanne Heuberger und Thomas Richner für den Aarauer Stadtrat nominiert. Die grösste Partei der Schweiz und im Aargau erhebt Anspruch auf eine entsprechende Vertretung in der Exekutive und das Vizepräsidium der Kantonshauptstadt.

Susanne Heuberger (62) ist Kauffrau EFZ und arbeitet als Pflegehelferin SRK im Altersheim Gollati. Sie ist Fraktionschefin der Partei im Einwohnerrat, dem sie seit 19 Jahren angehört. Thomas Richner (60) ist Chemieingenieur ETH und arbeitet als Leiter Nachhaltigkeit und Umwelt bei Holcim Schweiz. Er ist seit 15 Jahren Einwohnerrat, den er 2020/21 präsidiert hat, und seit 11 Jahren in der ortsbürgerlichen Finanzkommission. Richner kandidiert auch für das Vizepräsidium des Stadtrates.

**«Hinweis: Auch mit dem neuen Einzahlungsschein
kann wie mit dem alten auf der
Poststelle eine Zahlung ausgelöst werden.»
Ihre Unterstützung schafft Mehrwert für den Aargau!**

Empfangsschein

Konto / Zahlbar an
CH14 8080 8004 7674 8854 8
SVP Aargau
Bahnhofstrasse 24
CH-5000 Aarau

Zahlbar durch (Name/Adresse)

Zahlteil

Konto / Zahlbar an
CH14 8080 8004 7674 8854 8
SVP Aargau
Bahnhofstrasse 24
CH-5000 Aarau

Zahlbar durch (Name/Adresse)



Währung Betrag

CHF

Betrag

Annahmestelle

Emil Schmid
Wettingen

ONKEL TOM'S
BRÖCKLI



Zügeln

Mietlagerboxen Möbellager
Hausräumungen Entsorgung
Umzug-Verpackung Hausreinigung

Dorfstrasse 49 · 5430 Wettingen
056 426 42 42 · emil-schmid.ch

Weizen- und Spezialmühle Getreidesammelstelle



Knecht Mühle AG
Oberdorf 123
5325 Leibstadt
Tel. 056 247 11 44
info@knechtmuehle.ch
www.knechtmuehle.ch



Eine gute Wahl:
Hansjörg Knecht

Ein «Körnchen» besser.



Frühlingsanlass mit GV – Club 3B «Bürgerlichen Bezirk Bremgarten» im Bundehaus Bern

von Matthias Moser, Präsident Club 3B, Tägerig

Dank unseren zahlreichen Mitgliedern konnten wir eine Generalversammlung der besonderen Art durchführen.

Am Freitag, 02.05.25, um 16.30 Uhr trafen sich die «Bürgerlichen Bezirk Bremgarten» mit Gästen beim Casino in Bremgarten. Mit dem Car ging es dann nach Bern wo wir unter der Führung unseres Clubmitglieds und lieben Freundes, Nationalrat Andreas Glarner, eine Führung im Bundehaus erleben durften. Dabei wurde uns nicht nur das Gebäude gezeigt, sondern auch anschaulich erklärt, wie der Bundesbetrieb funktioniert. Im Sitzungszimmer 301, in dem normalerweise die grösste Fraktion, natürlich die SVP... tagt, konnten wir anschliessend in einem besonderen Rahmen unsere Generalversammlung abhalten, während unsere Gäste im Bundeshauskaffee auf uns warteten.



Aktuell sind wir, die «Bürgerlichen Bezirk Bremgarten» auf 35 Mitglieder herangewachsen. Mitglieder, mit denen es eine wahre Freude ist, gemeinsam einen Anlass besuchen zu dürfen.

Natürlich überweisen wir seit Bestehen unseres Clubs, jedes Jahr einen Betrag an die

Bezirkspartei. Auch dieses Jahr wurde beschlossen, der Bezirkspartei CHF 5000.00 aus dem Clubvermögen zu überweisen. Dieser Beitrag erweitert den Handlungsspielraum für die bevorstehenden Wahlen.



Im Anschluss an die GV wurden wir im «Entrecôte Fédérale» mit einem feinen Essen belohnt, bevor uns unser Car wieder nach Hause in den Bezirk Bremgarten brachte.



Interessenten für Clubmitgliedschaften erreichen mich unter 079/ 544 08 46 oder per E-Mail mmoser@wma-transport.ch.

Schweizer Fleisch? Nicht erwünscht!

von Alain Bütler, Grossrat, Muri



Im nationalen Pfingstlager von Jungwacht und Blauring in Wettingen wurde Fleisch komplett gestrichen. Komplett. Keine Cervelats am Lagerfeuer, keine Bratwurst vom Grill, keine Menüauswahl. Stattdessen: Vegi-Zwang für 10000 Kinder. Begründung? «Zu aufwändige Logistik». Das ist eine billige Ausrede! Bei jedem Turn- oder Schwingfest werden Tausende Menschen mit Fleisch versorgt – freiwillig und ohne Profiküche. In Lagern hat es jahrzehntelang auch funktioniert. Warum jetzt nicht mehr?

Weil Fleisch politisch nicht mehr erwünscht ist. Weil Ideologie wichtiger wird als die Realität. Ich sage: Das ist ein Angriff auf die Schweizer Landwirtschaft und unsere Lebensweise.

Ich bin Landwirt. Meine Kühe fressen Gras, das kein Mensch essen kann. Daraus produzieren sie Milch und Fleisch sowie Mist und Gülle, die die Böden fruchtbar machen. Das ist Kreislaufwirtschaft. Das ist echte Nachhaltigkeit.

Nicht Sojawürfel aus Übersee oder Hafermilch mit einer endlosen Zutatenliste. Doch genau das gilt heute als «modern» und «hipp». Es sind hochverarbeitete, industrielle Ersatzprodukte mit Farbstoffen, Aromen, Ersatzpräparaten und Bindemitteln. Mit natürlicher Landwirtschaft hat das wenig zu tun, mit Chemie und Industrieproduktion hingegen umso mehr.

Es geht nicht mehr nur ums Essen. Es geht um einen Kulturkampf.

Um die schleichende Verdrängung der Schweizer Landwirtschaft. Wer heute die Cervelat verbannt, stellt morgen die gesamte Tierhaltung infrage. Fleisch soll nicht mehr «modern» sein. Tierhaltung wird als Klimasünde dargestellt und die Bauern als Teil des Problems. Gleichzeitig werden hochverarbeitete Fleischersatzprodukte als Lösung angepriesen. Der Bund selbst ist längst auf diesen Zug aufgesprungen. So wurde auf der neuen Lebensmittelpyramide kürzlich das Schweizer Rindfleisch durch Tofu ersetzt. Wer dies kritisiert, wird politisch angegriffen und diffamiert.

Diese Entwicklung ist kein Zufall. Sie ist ideologisch gewollt. In Schulbüchern, Kochschulen und Lagerküchen wird Fleisch zunehmend durch «nachhaltige» Ersatzprodukte ersetzt. Wer sich dem entgegenstellt, wird moralisch unter Druck gesetzt. Dagegen müssen wir uns mit aller Kraft wehren!

Wiese ja, Wurst nein?

Wir Bauern stellen der Jubla und der Pfadi unsere Wiesen für Lager freiwillig zur Verfügung. Wer unsere Flächen nutzt, muss unsere Arbeit respektieren und unsere Produkte wertschätzen. Wer Fleisch streicht, streicht Herkunft, Kreislauf und Wertschöpfung. Es geht nicht nur ums Essen und freie Menüwahl. Es geht um unsere Werte. Um unsere Höfe.

Wir müssen dafür sorgen, dass diese staatliche Umerziehung ein Ende findet. In Lagern, Schulen und Kantinen muss Schweizer Fleisch garantiert bleiben.

Für unsere Kinder. Für unsere Bauern. Für unsere Freiheit!

Alain Bütler, Grossrat SVP, Kallern

Überblick über die Veranstaltungen und Anlässe in den Bezirken und Sektionen der SVP Aargau

Hinweis: Weitere Termine und Aktualisierungen immer aktuell auf der Internetseite www.svp-ag.ch

Kantonalparteitag

27. August 2025

Freiämter Landsgemeinde

6. September 2025

SVP Wohlen

Grossrats-Rückblick

17. September 2025

SVP Bezirk Zofingen

Abstimmungssonntag

28. September 2025

Politapéro/Sessionsrückblick

30. September 2025

Grossanlass EU-Rahmenverträge mit Roger Köppel

8. Oktober 2025

SVP Holziken

Energieanlass

23. Oktober 2025

SVP Bezirk Baden

Kantonalparteitag

29. Oktober 2025

Abstimmungssonntag

30. November 2025

Kantonalvorstand

11. Dezember 2025

Politapéro/Sessionsrückblick

20. Dezember 2025

Adressberichtigungen bitte melden auf info@svp-ag.ch

A. Z. **B**
CH-5000 Aarau
Post CH AG

Weibel
Text Bild Druck

DRUCKfrisch
aus der Region

Weibel Druck AG ■ 056 460 90 60
Aumattstrasse 3 ■ info@weibeldruck.ch
5210 Windisch ■ www.weibeldruck.ch

printed in
switzerland

